

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 18. bis 21. Januar 2016

Abgeordnete erörtern Rechtsstaatlichkeit in Polen

Der Stand der Rechtsstaatlichkeit sowie Einschränkungen der Pressefreiheit in Polen sind Themen einer für Dienstagnachmittag angesetzten Debatte. Zu Beginn der Aussprache werden Vertreter von Rat und EU-Kommission sowie die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło jeweils eine Erklärung abgeben.

4

Debatte mit Juncker und Tusk über Migration, Terrorismus und andere Themen

Am Dienstagnachmittag werden die Präsidenten von Rat und EU-Kommission Donald Tusk und Jean-Claude Juncker den Abgeordneten zu den Ergebnissen des jüngsten EU-Gipfels am 17.-18. Dezember Rede und Antwort stehen.

5

Debatte zum niederländischen Ratsvorsitz mit Premierminister Rutte

Am Mittwochmorgen debattiert das Parlament mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte und dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker über die Prioritäten des niederländischen Ratsvorsitzes.

6

EU-Bündnisfall: Debatte zur Rolle der EU

Am Mittwochnachmittag erörtern die Abgeordneten die Entscheidung Frankreichs, zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Integration den europäischen Bündnisfall auszurufen, um die EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) aufzufordern. Am Donnerstag stimmen sie über eine entsprechende EntschlieÙung ab.

7

Klimaabkommen von Paris: Debatte mit dem COP21-Vorsitzenden Laurent Fabius

Der französische Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung Laurent Fabius wird am Mittwochnachmittag an einer Debatte zum Klimaabkommen von Paris von Dezember 2015 teilnehmen. Fabius war Vorsitzender der UN-Klimakonferenz „COP 21“, während der das Abkommen ausgehandelt wurde. Eine Delegation von Abgeordneten war in Paris vor Ort, und bevor das Abkommen von der EU ratifiziert wird, ist die Zustimmung des Parlaments erforderlich.

9

Lockerung der Abgastests: Parlament könnte Kommissionsvorschlag ablehnen

Am Montag diskutieren die Abgeordneten über einen Vorschlag der Kommission, eine Überschreitung der Stickoxid-Grenzwerte von Dieselfahrzeugen von bis zu 110% zu erlauben, wenn die langerwarteten Abgastests unter realen Fahrbedingungen (Real Driving Emission Tests – RDE) eingeführt werden. Laut Umweltausschuss des Parlaments untergräbt dies die Durchsetzung der existierenden EU-Umweltstandards. Das Plenum solle deshalb den Vorschlag ablehnen. Abgestimmt wird auf der nächsten Plenarsitzung. 10

Digitaler Binnenmarkt: Geoblocking abschaffen und neue Technologien nutzen

„Ungerechtfertigte“ Praktiken des Geoblockings, wie zum Beispiel eine Diskriminierung aufgrund der IP-Adresse, der Postanschrift oder des Ausstellungslands der Kreditkarte, müssen abgeschafft werden, um den Zugang zu Waren und Dienstleistungen für die Verbraucher zu verbessern. So steht es in einer Entschließung der Ausschüsse für Binnenmarkt und Industrie, über die die Abgeordneten am Dienstag diskutieren und abstimmen. 12

Kultur und Bildung als Mittel gegen Radikalisierung

Die EU sollte die Bildung und Mobilität von Jugendlichen und Lehrern stärker ausbauen, und Kultur systematisch in Entwicklungsprojekte und -programme in Drittländern integrieren, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und somit gemeinsame Grundwerte zu fördern, mit dem Ziel, jeglichen Extremismus zu bekämpfen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, über den das Parlament am Dienstag abstimmt. 14

Abstimmung über EU-Kosovo-Assoziierungsabkommen

Die Abgeordneten werden voraussichtlich das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo billigen. Dieses stellt einen wichtigen ersten förmlichen Schritt in Richtung der Integration der Republik Kosovo in die EU dar. Ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments kann das Abkommen nicht in Kraft treten. 16

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 18

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2016-01-18>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Jens POTTARST

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+49) 30 22 80 12 00

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ Presse-de@ep.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Abgeordnete erörtern Rechtsstaatlichkeit in Polen

Der Stand der Rechtsstaatlichkeit sowie Einschränkungen der Pressefreiheit in Polen sind Themen einer für Dienstagnachmittag angesetzten Debatte. Zu Beginn der Aussprache werden Vertreter von Rat und EU-Kommission sowie die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło jeweils eine Erklärung abgeben.

Seit die Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) in Polen im Herbst 2015 die Parlamentswahlen gewonnen hatte, hat die neue Regierung eine Reihe von Reformen beschlossen, die als demokratiefeindlich kritisiert werden. Präsident Martin Schulz und der Vizepräsident der EU-Kommission Timmermans haben sich besorgt über Freiheit und Pluralismus im öffentlichen Rundfunk und bezüglich des Verfassungsgerichts geäußert.

Die EU-Kommission hat am 13. Januar das Rechtsstaatsverfahren gegen Polen eröffnet.

Debatte: Dienstag, den 19. Januar

Abstimmung: Februar I

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#Poland

Weitere Informationen

[Mitteilung der Kommission "Ein neuer EU-Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips"](#)
[FAQ der EU-Kommission](#)

Debatte mit Juncker und Tusk über Migration, Terrorismus und andere Themen

Am Dienstagnachmittag werden die Präsidenten von Rat und EU-Kommission Donald Tusk und Jean-Claude Juncker den Abgeordneten zu den Ergebnissen des jüngsten EU-Gipfels am 17.-18. Dezember Rede und Antwort stehen.

Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß die wichtigsten Themen der Tagesordnung des Dezember-Gipfeltreffens erörtern. Dazu gehören Migration, Ausnahmen von den Schengen-Regeln, der Vorschlag zur Einrichtung eines europäischen Grenz- und Küstenschutzes, Kampf gegen den Terrorismus und die Reformforderungen Großbritanniens im Vorfeld des geplanten Referendums über die EU-Mitgliedschaft.

Debatte: Dienstag, den 19. Januar

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

[#EUCO](#) [#UKinEU](#) [#migrationEU](#) [#euco](#)

Weitere Informationen

[Tagung des Europäischen Rates \(17. und 18. Dezember 2015\) – Schlussfolgerungen](#)

Debatte zum niederländischen Ratsvorsitz mit Premierminister Rutte

Am Mittwochmorgen debattiert das Parlament mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte und dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker über die Prioritäten des niederländischen Ratsvorsitzes.

Drei Grundsätzen wird die niederländische Präsidentschaft während des Ratsvorsitzes entscheidende Bedeutung beimessen: „Eine Union, die sich auf das Wesentliche konzentriert, eine Union, die innovatives Wachstum und Arbeitsplätze schafft, und eine Union, die eine Verbindung zu der Gesellschaft herstellt“.

Als politische Prioritäten nennt sie: „Europa als innovative und Arbeitsplätze schaffende Kraft, ein umfassendes Konzept für Migration und internationale Sicherheit, gesunde und zukunftssichere europäische Finanzen sowie ein stabiles Euro-Währungsgebiet und eine zukunftsorientierte Klimaschutz- und Energiepolitik“.

Die Niederlande haben den turnusmäßig alle sechs Monate wechselnden Ratsvorsitz der EU am 1. Januar übernommen.

Präsident Schulz, Premierminister Rutte und EU-Kommissionspräsident Juncker werden nach der Debatte um ca. 12:30 Uhr eine gemeinsame Pressekonferenz abhalten.

Eine Debatte zur Bilanz der luxemburgischen Ratspräsidentschaft mit Premierminister Xavier Bettel steht für Dienstagmorgen auf der Tagesordnung.

Debatten: Dienstag, den 19. Januar und Mittwoch, den 20. January

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

Pressekonferenz: Mittwoch, den 20. Januar um 12:30 Uhr

#EU2016NL

Weitere Informationen

[Webseite des niederländischen Ratsvorsitzes](#)

[Nationales Programm der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft \(auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

EU-Bündnisfall: Debatte zur Rolle der EU

Am Mittwochnachmittag erörtern die Abgeordneten die Entscheidung Frankreichs, zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Integration den europäischen Bündnisfall auszurufen, um die EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) aufzufordern. Am Donnerstag stimmen sie über eine entsprechende EntschlieÙung ab.

Nach den Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015 hat die französische Regierung bei den EU-Partnern Hilfe angefordert, um den IS zu bekämpfen. Zu dem Beistand soll auch der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse gehören. Frankreich hat Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags aktiviert: "Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung."

Alle EU-Mitglieder haben Paris einstimmig ihren Beistand zugesichert, sich aber noch nicht auf das Ausmaß ihrer Unterstützung festgelegt.

Da der EU-Bündnisfall noch in die Praxis umgesetzt werden muss, werden die Abgeordneten voraussichtlich über die Einzelheiten dieser Umsetzung, den Geltungsbereich der Bündnisfall-Klausel und die Rolle der EU-Institutionen diskutieren, sowie Empfehlungen für die Durchführung abgeben.

Erwartungsgemäß wird das Plenum auch die politischen Erwägungen erörtern, die bei der Entscheidung Frankreichs zur Ausrufung des Bündnisfalls im Vordergrund standen, anstatt sich auf die Solidaritätsklausel für den Fall eines Terroranschlags, einer Naturkatastrophe oder einer vom Menschen verursachten Katastrophe (Artikel 222 AEUV) zu berufen, die für die EU eine wichtigere Rolle vorsieht, „alle verfügbaren Instrumente“ zur Unterstützung eines Mitgliedstaats zu nutzen.

Debatte: Mittwoch, den 20. Januar

Abstimmung: Donnerstag, den 21. Januar

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten (mit EntschlieÙung)

#mutualdefence

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EU-Vertrag \(siehe Art. 42.7 zum EU-Bündnisfall\)](#)

[Vertrag über die Arbeitsweise der EU \(siehe Art. 222 zur Solidaritätsklausel\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen zum EU-Bündnisfall](#)

Klimaabkommen von Paris: Debatte mit dem COP21-Vorsitzenden Laurent Fabius

Der französische Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung Laurent Fabius wird am Mittwochnachmittag an einer Debatte zum Klimaabkommen von Paris von Dezember 2015 teilnehmen. Fabius war Vorsitzender der UN-Klimakonferenz "COP 21", während der das Abkommen ausgehandelt wurde. Eine Delegation von Abgeordneten war in Paris vor Ort, und bevor das Abkommen von der EU ratifiziert wird, ist die Zustimmung des Parlaments erforderlich.

Das Abkommen zielt unter anderem darauf ab, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, und die weltweiten Anstrengungen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5°C fortzusetzen.

Debatte: Mittwoch, den 20. Januar

Verfahren: Erklärung des COP21-Vorsitzenden und Reaktionen der Fraktionsvorsitzenden

#COP21

Weitere Informationen

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Oktober 2015 zu dem Thema „Auf dem Weg zu einem neuen internationalen Klimaabkommen in Paris“](#)

[Pressemitteilung: "COP21 Paris agreement: MEPs hail a new beginning for climate action" \(auf Englisch\)](#)

[Berichterstatter Gilles Pargneaux \(S&D, FR\)](#)

[EP bei der COP21](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffend](#)

Lockerung der Abgastests: Parlament könnte Kommissionsvorschlag ablehnen

Am Montag diskutieren die Abgeordneten über einen Vorschlag der Kommission, eine Überschreitung der Stickoxid-Grenzwerte von Dieselfahrzeugen von bis zu 110% zu erlauben, wenn die langerwarteten Abgastests unter realen Fahrbedingungen (Real Driving Emission Tests – RDE) eingeführt werden. Laut Umweltausschuss des Parlaments untergräbt dies die Durchsetzung der existierenden EU-Umweltstandards. Das Plenum solle deshalb den Vorschlag ablehnen. Abgestimmt wird auf der nächsten Plenarsitzung.

Die Abgeordneten werden am Donnerstag auch über die Zusammensetzung des neuen Untersuchungsausschusses abstimmen, dessen 45 Mitglieder sich bald mit den Verstößen gegen die EU-Regelungen über Abgas-Messverfahren befassen werden.

Debatte über RDE-Abgastests

Als Teil des Maßnahmenpakets für das RDE-Testverfahren, das am 28. Oktober vom zuständigen technischen Ausschuss „Kraftfahrzeuge“ (TCMV), verabschiedet wurde, hatte die EU-Kommission die Anhebung der NOx-Grenzwerte um 110% vorgeschlagen. Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammen.

Das RDE-Verfahren soll die Abgastests realistischer gestalten, indem die Schadstoffemissionen mit transportablen Emissionsmessenrichtungen (portable emission measuring systems, PEMS), die am Fahrzeug befestigt werden, gemessen werden sollen. Die bisher angewandten Laborverfahren haben Manipulationen ermöglicht, wodurch die Autohersteller ihre Fahrzeuge als umweltfreundlicher anpreisen konnten, als sie es in Wirklichkeit waren.

Debatte: Montag, den 18. Januar

Abstimmung: Februar I

Verfahren: Legislativentschließung (Einspruch gegen einen delegierten Rechtsakt)

#RDE #CarEmissions #NOx #emissions #vehicles

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(14.12.2015\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

Digitaler Binnenmarkt: Geoblocking abschaffen und neue Technologien nutzen

„Ungerechtfertigte“ Praktiken des Geoblockings, wie zum Beispiel eine Diskriminierung aufgrund der IP-Adresse, der Postanschrift oder des Ausstellungslands der Kreditkarte, müssen abgeschafft werden, um den Zugang zu Waren und Dienstleistungen für die Verbraucher zu verbessern. So steht es in einer Entschließung der Ausschüsse für Binnenmarkt und Industrie, über die die Abgeordneten am Dienstag diskutieren und abstimmen.

In dem Entschließungsentwurf wird auch die rasche Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen 16 Initiativen für einen digitalen Binnenmarkt gefordert.

Die Abgeordneten unterstreichen in dem Text, dass die Politik und die Rechtsvorschriften der EU im Bereich des digitalen Binnenmarkts der Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung in der EU sind und es ermöglichen sollten, dass sich Nutzern und Unternehmen neue Möglichkeiten eröffnen, neue innovative länderübergreifende Online-Dienste zu wettbewerbsfähigen Preisen entstehen und sich weiterentwickeln, Hindernisse zwischen den Mitgliedstaaten beseitigt werden und der Zugang von Unternehmen aus der EU – insbesondere von KMU und Jungunternehmen – zu länderübergreifenden Märkten erleichtert wird.

Die Abgeordneten äußern sich besorgt darüber, dass die Mitgliedstaaten zurzeit verschiedene Ansätze zur Regulierung des Internets und der sogenannten „Sharing Economy“ (*Wirtschaft des Teilens*) verfolgen, wobei letztere neue Geschäftsmodelle für den Online-Verkauf von Waren und Dienstleistungen bietet (zum Beispiel Uber, eBay oder Airbnb). Sie heben die Möglichkeiten hervor, die neue IKT-Technologien – wie etwa Massendaten, Cloud-Computing, das Internet der Dinge, 3D-Druck und andere Technologien – der Wirtschaft und der Gesellschaft bieten können.

Hintergrundinformationen

Diese nichtbindende Entschließung ist die Antwort des Parlaments auf die Mitteilung der Kommission „Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa“, die diese am 6. Mai 2015 vorgestellt hat. Die Abgeordneten untersuchen die 16 Initiativen, die die Kommission in diesem Jahr umsetzen will, erörtern die für die Vollendung des digitalen Binnenmarkts vorgesehenen Aktionen und die Folgen der Umsetzung des digitalen Binnenmarktes für die Gesellschaft und

die Wirtschaft insgesamt.

Lediglich 1,7 % der Unternehmen in der EU nutzen fortschrittliche digitale Technologien in vollem Umfang, und nur 14 % der KMU nutzen das Internet als Verkaufskanal. Im Jahr 2013 lag das Marktvolumen der Wirtschaft des Teilens bei rund 3,5 Milliarden weltweit. Die Kommission prognostiziert heute ein Wachstumspotenzial von über 100 Milliarden.

Debatte: Dienstag, den 19. Januar

Abstimmung: Dienstag, den 19. Januar

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

#Digitalsinglemarket

Weitere Informationen

[EntschlieÙungsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(14.12.2015\)](#)

[Berichterstatlerin Evelyn Gebhardt \(S&D, DE\), für den Binnenmarktausschuss](#)

[Berichterstatlerin Kaja Kallas \(ALDE, ET\), für den Industrieausschuss](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Kultur und Bildung als Mittel gegen Radikalisierung

Die EU sollte die Bildung und Mobilität von Jugendlichen und Lehrern stärker ausbauen, und Kultur systematisch in Entwicklungsprojekte und -programme in Drittländern integrieren, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und somit gemeinsame Grundwerte zu fördern, mit dem Ziel, jeglichen Extremismus zu bekämpfen. So steht es in einem Entschließungsentwurf, über den das Parlament am Dienstag abstimmt.

Auf allen Ebenen und in allen Formen des Lernens sollte die Entwicklung staatsbürgerlicher Werte unterstützt und so bereits im Kindesalter eine aktive Bürgerschaft vorbereitet werden, so der Text.

Die Abgeordneten verweisen darauf, dass es notwendig ist, für kulturelle und soziale Vielfalt im Klassenzimmer und Lernumfeld – auch bei Erziehern – zu sorgen. Sie betonen in dem Entschließungsentwurf, wie wichtig es ist, in Programme für lebenslanges Lernen für Lehrer zu investieren, mit denen ihnen die erforderlichen pädagogischen Kompetenzen in den Fragen Migration, Akkulturation und Sozialpsychologie vermittelt werden, sowie sie zu befähigen, Vielfalt als eine wertvolle Quelle für den Unterricht zu nutzen.

Debatte: Montag, den 18. Januar

Abstimmung: Dienstag, den 19. Januar

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#InterculturalDialogue #education

Weitere Informationen

Entschließungsentwurf zur Rolle des interkulturellen Dialogs, der kulturellen Vielfalt und der Bildung bei der Förderung der Grundwerte der EU

Berichterstatterin Julie Ward (S&D, UK)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

EP-Hintergrundinformationen: "Education and Intercultural Dialogue as tools against radicalisation" (auf Englisch)

Abstimmung über EU-Kosovo-Assoziierungsabkommen

Die Abgeordneten werden voraussichtlich das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo billigen. Dieses stellt einen wichtigen ersten förmlichen Schritt in Richtung der Integration der Republik Kosovo in die EU dar. Ohne die Zustimmung des Europäischen Parlaments kann das Abkommen nicht in Kraft treten.

Mit dem Abkommen werden vertragliche Beziehungen aufgenommen, durch die ein verstärkter politischer Dialog und eine engere Handelsintegration zwischen der EU und dem Kosovo zustande kommen.

Es wurde am 27. Oktober von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini unterzeichnet. Die Nationalversammlung der Republik Kosovo ratifizierte das Abkommen bereits am 2. November 2015.

Bei dem vorgeschlagenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen handelt es sich um das letzte mit den westlichen Balkanstaaten abzuschließende Abkommen dieser Art.

Debatte: Mittwoch, den 20. Januar

Abstimmung: Donnerstag, den 21. Januar

Verfahren: Zustimmungsverfahren

#Kosovo

Weitere Informationen

Entschließungsentwurf über den Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Kosovo

Berichterstatterin Ulrike Lunacek (Grüne/EFA, AT)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Gestiegene Bedrohung durch den Terrorismus, *Debatte Mittwoch, Erklärungen von Rat und Kommission*
- Lage in Syrien, im Jemen, in Saudi Arabien, sowie der Friedensprozess in Kolumbien, *Debatte Dienstag, EntschlieÙung zu Jemen, Erklärung der EU-Außenbeauftragten*
- Bildungs- und ausbildungspolitische Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit - *Bericht: Marek Plura, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag, (INI)*
- Harmonisierung des Binnenmarkts (Persönliche Schutzausrüstungen, Gasverbrauchseinrichtungen, Seilbahnen) – *Berichte: Ford, Stihler, López-Istúriz White, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch, (COD)*
- Unschuldsumutung und Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren - *Bericht: Nathalie Griesbeck, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch, (COD)*
- Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik - *Bericht: Werner Langen, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag, (INI)*
- Externe Faktoren, die Hindernisse für weibliches Unternehmertum darstellen - *Bericht: Barbara Matera, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag, (INI)*
- Tätigkeiten des Petitionsausschusses 2014 - *Bericht: Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, Debatte und Abstimmung Donnerstag, (INI)*
- Mehrjähriger Wiederauffüllungsplan für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer - *Bericht: Gabriel Mato, Abstimmung Dienstag*
- EU-Vorschriften für den Finanzdienstleistungssektor – Bilanz und Herausforderungen - *Bericht: Burkhard Balz, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Lettland - *Bericht: Claude Moraes, Abstimmung Mittwoch*